

**Deutsche Stellungnahmen zur
Überarbeitung der EU-Beihilfevorschriften für die Fischerei
(Stand: 28. Februar 2022)**

Die Europäische Kommission ruft alle Interessenträger auf, zu den von ihr vorgeschlagenen überarbeiteten Vorschriften für staatliche Beihilfen im Agrar-, Forst- und Fischereisektor Stellung zu nehmen. Die Mitgliedstaaten und andere Interessenträger können bis zum 13. März 2022 an der Konsultation teilnehmen. Nähere Informationen sind unter https://ec.europa.eu/competition-policy/public-consultations/2022-fish_en zu finden. Eine Pressemitteilung der Europäischen Kommission ist unter folgendem Link https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_241 abrufbar

Inhalt

1. Gruppenfreistellungsverordnung für die Fischerei	2
2. Leitlinien für die Prüfung staatlicher Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor	21
3. De-minimis-Verordnung für die Fischerei	26

1. Gruppenfreistellungsverordnung für die Fischerei

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
64	Anhang IV	Beihilfehöchstsätze	Zusätzliche spezifische Vorhabenskategorie: Neue Ziff. 9: „Investitionen zur Verhütung von Schäden durch wild lebende Raubtiere gem. Art. 31, 1d: Beihilfehöchstsatz = 80%“	Analog zu Nr. 1.1.1.1 Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor (2014/C 204/01), Rn. 143, 155, sollte die Verhütung von Schäden durch geschützte Tiere zu 80% ausgeglichen werden können. Über den EMFAF ist eine Förderung nur bis 50% bzw. 60% möglich. Diese Ungleichbehandlung ist v.a. für betroffene Betriebe nicht nachvollziehbar und nicht gerechtfertigt, da Prävention die einzige Möglichkeit für Teichwirte darstellt, sich gegen Schäden von geschützten Tieren zu schützen. Die Ergänzung der Freistellungs-VO würde den Mitgliedstaaten zumindest die Option eröffnen, diese Vorhaben ggf. über eigene Landesprogramme stärker zu fördern.
9	Art. 1 Abs. 3 Buchstabe d	Unternehmen in Schwierigkeiten	Ergänzung der Ausnahmeregelung bei Unternehmen in Schwierigkeiten für Beihilfen im Zusammenhang mit der Prävention, Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen	Anders als die Leitlinien (Rn. 11) enthält die Freistellungsverordnung keine Ausnahmeregelung vom Ausschluss für Unternehmen in Schwierigkeiten bei Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Notlage.

				<p>Im Ergebnis sprechen diese Gründe aber auch hier für eine Unterstützung der Unternehmen bei den notwendigen Maßnahmen. Es wird daher ein Gleichklang zu der Regelung in der Agrarfreistellungsverordnung (Art. 1 Abs. 5 des Entwurfs zur Agrarfreistellungsverordnung) vorgeschlagen, um der sektorenübergreifenden Interessenlage gerecht zu werden.</p>
S. 14	Art. 6 Abs. 4	Anreizeffekt - Tierseuchen	Erweiterung der Ausnahmeregelung, um Beihilfen im Zusammenhang mit der Prävention, Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen	<p>Für den Agrarsektor war bereits in der Förderperiode 2014 – 2020 der Anreizeffekt für Maßnahmen der Tilgung und Bekämpfung von Tierseuchen nicht zu prüfen. Mit dem nun vorgelegten Entwurf der Agrarfreistellungsverordnung gilt dies auch für Maßnahmen der Tierseuchenprävention. Im Sinne der Kongruenz der beihilferechtlichen Vorschriften sollte diese Sonderregelung auch im Rahmen der Freistellungsverordnung für den Fischereisektor Berücksichtigung finden. Gründe für eine unterschiedliche Behandlung der beiden Sektoren sind nicht ersichtlich.</p>
S. 14	Art. 6 Abs. 4	Anreizeffekt – Natura 2000	Erweiterung der Ausnahmeregelung, um Beihilfen im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Art. 37 Abs. 1 Buchstabe b Ziffer i	<p>Für Bewirtschaftungsauflagen in Natura-2000 Gebieten sieht die Agrarfreistellungsverordnung in der vorliegenden Entwurfsfassung einen Verzicht auf die Prüfung des Anreizeffekts vor. Gründe für eine unterschiedliche Beurteilung im Rahmen der</p>

				<p>Freistellungsverordnung für die Fischerei sind nicht ersichtlich. In beiden Fällen dient die Beihilfe dem Ausgleich des Aufwands für die Umweltleistungen Nachteile, die im Zusammenhang mit den Flächen entstehen. Die Forderung einer vorherigen Antragstellung würde damit eine reine Formalie ohne materiellen Gehalt darstellen.</p>
S. 14	Art. 6 Abs. 4	<p>Anreizeffekt – Wissenstransfer, Informationsmaßnahmen, allgemeine Veröffentlichungen</p>	<p>Erweiterung der Ausnahmeregelung, um Beihilfen im Zusammenhang mit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Maßnahmen des Wissenstransfers und der Durchführung von Informationsmaßnahmen nach Art. 16, 17 und 33 • generischen Absatzförderungsmaßnahmen nach Art. 41 Abs. 1 Buchstabe b Ziffer vii 	<p>Auch für diese Maßnahmen ist es in Anlehnung an die Sonderregelungen des Entwurfes zu Art. 6 Abs. 5 der Agrarfreistellungsverordnung angezeigt, auf die Prüfung des Anreizeffektes zu verzichten, nachdem die Durchführung dieser Maßnahmen im allgemeinen Interesse steht.</p>

S. 16	Art. 9 Abs. 1 Buchstabe c	Transparenz-schwelle	Beibehalten des bisherigen Schwellenwertes für die Transparenzpflicht	<p>Nach dem vorliegenden Entwurf soll der Schwellenwert zur Veröffentlichung von Einzelbeihilfen von 30.000 EUR auf 10.000 EUR abgesenkt werden.</p> <p>Dieser Vorschlag steht im klaren Widerspruch zu der angestrebten Vereinfachung der Verfahren sowie dem bisherigen Fokus des Beihilferechtes auf die besonders wettbewerbsrelevanten Projekte, wie sie mit SAM verfolgt wurden.</p> <p>Der nun vorgesehene Schwellenwert steht zugleich im Widerspruch zu den De-minimis-Verfahren, die Einzelbeihilfen bis zu 30.000 EUR ermöglichen, ohne dass eine Transparenzpflicht besteht. Für den Fischereisektor sollte es daher bei dem bisherigen Schwellenwert verbleiben.</p> <p>Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die praktischen Erfahrungen mit dem Anwenderportal TAM zeigen, dass es dem mit einer Absenkung verbundenen zusätzlichen Aufkommen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht gewachsen sein wird. Bereits jetzt sind zu den üblichen Arbeitszeiten Überlastungen festzustellen, die ein zielgerichtetes Eintragen verhindern. Darüberhinaus ist der bereitgestellte Bulkupload nicht praktikabel.</p> <p>In jedem Fall sollten mit Blick auf Steuervergünstigungen ein Gleichklang zwischen Art. 9 Abs. 1 Buchst. c und den</p>
-------	------------------------------	----------------------	---	--

				Spannen in Art. 9 Abs. 2 sichergestellt werden (vgl. insofern auch die Regelung in Art. 9 Abs. 2 des Entwurfs einer Verordnung zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission).
S. 19	Art. 15, 32	Beratungsdienste		Beihilfen für Beratungsdienste werden sowohl im Bereich der Fischerei als auch des Agrarsektors gewährt. Hier wäre daher eine stärkere Vereinheitlichung der Regelungen wünschenswert gewesen.
S. 21	Art. 18 Abs. 1 Buchst. b, ii)	Diversifizierung, Voraussetzung der antrags-tellenden Person	<p>1. Verweis ist nicht korrekt: „<u>Artikel 17 Absatz 3</u> <i>Buchstabe a</i>“ → es müsste vermutlich „<u>Artikel 17 Absatz 1</u> <i>Buchstabe a</i>“ heißen</p> <p>In Art. 18 wird bzgl. einer Berufsqualifikation auf Artikel 17 verwiesen. Nach Art. 17. Abs. 1 Buchstabe a kann „Fortbildung“ gefördert werden. Für uns nicht explizit ersichtlich, ob es sich um „Fortbildung“ bzgl. „Fischereithemen handelt, oder ob es um Fortbildung jeglicher Art geht. Je nach Leseart wird vorgeschlagen:</p>	

			<p>Vorhandensein einer angemessen Berufsqualifikation</p> <p><u>Variante 1 (falls: Art. 17 zielt ausschließlich auf Fortbildungen im Zusammenhang mit der „Fischerei“)</u> ii) sollte ersatzlos gestrichen werden.</p> <p><u>Variante 2 (falls: Art. 17 fördert jegliche Fortbildung)</u> Bei geförderten Investitionen zur Diversifizierung ist sicherzustellen, dass die antragstellende Person über angemessene und ausreichende Kenntnisse verfügt, um die Maßnahme grundsätzlich erfolgreich umsetzen zu können. Verfügt sie selbst</p>	<p><u>Variante 1</u> Bzgl. der Förderung von Diversifizierungsmaßnahmen sollten zwischen Fischern und Aquakulturproduzenten einheitliche Vorgaben bestehen. Die Forderung einer „angemessenen Berufsqualifikation“ wird im VO-Entwurf für Aquakulturproduzenten nicht gefordert (vgl. Art. 31 Abs. 1 Buchstabe h). Eine Forderung nach einer ausreichenden Berufsqualifikation im Bereich der Fischerei („Fischwirt“ etc.) ist für die geplante Diversifizierungsmaßnahme irrelevant. → Daher: ersatzlos streichen.</p> <p><u>Variante 2: (da es um die DIV-Maßnahme geht, wird angenommen, dass sich Art. 18 Abs. 1 Buchstabe b ii) auf eine angemessene Berufsqualifikation im Hinblick auf die geplante DIV-Maßname bezieht)</u> Eine Person mit längerjähriger Berufserfahrung und/oder entsprechenden Kenntnissen in dem geplanten DIV-Bereich sollte nicht schlechter gestellt werden als eine Person mit der geforderten Berufsqualifikation. Bei einer Berufsqualifikation wird i.d.R. ein Berufsabschluss vorausgesetzt. Ein vorhandener</p>
--	--	--	---	---

			nicht über entsprechende Kenntnisse oder eine angemessene Berufsqualifikation, so muss dieses entsprechend im Geschäftsplan Berücksichtigung finden.	Abschluss bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass der Beruf überhaupt oder „erfolgreich“ ausgeübt wurde. Aus diesem Grund ist eine formalistische Reduktion auf eine Berufsqualifikation an dieser Stelle nicht nachvollziehbar und würde im Einzelfall zu einer Benachteiligung führen. Außerdem kann es DIV-Projekte geben, bei denen die notwendige Fachexpertise über Externe (Angestellte) zugekauft wird.
S. 31	Art. 25 Abs. 2, Buchst. a	Maßnahmen, zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Eindämmung der Folgen des Klimawandels	Unter Buschstabe a ein neuer Unterabsatz v) „Entgegen Absatz 1 ist bei Investitionen im Bereich der Binnenfischerei eine Beihilfe für den Austausch oder die Modernisierung von Motoren zulässig, sofern es sich um Schiffsfahrzeuge mit einer Länge von max. 12 m handelt und die neue Technik zu einer Verbesserung der Energieeffizienz oder zu einer CO2-Einsparung führt. Es sind die Vorgaben zur Dauerhaftigkeit für Vorhaben gemäß Artikel 65 der VO (EU) 2021/1060 einzuhalten.“	Kapitel III, Abschnitt 1 des vorliegenden VO-Entwurfs umfasst allgemeine Maßnahmen u.a. zur Förderung einer nachhaltigen Fischerei. Es kann sich dabei um Hochseefischerei aber auch um Binnenfischerei handeln. Bei beiden „Fischereiarten“ uneingeschränkt die gleichen Förderbedingungen festzuschreiben ist wenig zielführend und wirklichkeitsfremd, da Hochseefischerei und Binnenfischerei nicht gleichgesetzt werden können. Dies betrifft vor allem die Schiffsgröße und damit einhergehend mögliche Investitionen im Zusammenhang mit dem Schiff. Artikel 28 Abs. 2 Buchst. d) enthält Vorgaben für die Binnenfischerei, wobei hier aber ausschließlich auf die Vorgaben des Art. 25 verwiesen werden, <u>welcher vorrangig auf die Hochseefischerei abzielt</u> .

				<p>Art. 25 Abs 2 enthält eine abschließende Liste möglicher Maßnahmen, die – <i>wenn auch nicht explizit</i> - faktisch nur für die Hochseefischerei gelten und somit nur für diese Relevanz besitzen.</p> <p>Hier sollte ein zusätzlichen Punkt v) ergänzt werden, welcher explizit nur für Investitionen in der Binnenfischerei anwendbar ist. Unter diesem sollte eine <u>Beihilfe für den Austausch oder die Modernisierung von Motoren zulässig sein</u>, sofern die Schiffslänge maximal 12 m beträgt <u>und</u> eine Technik zum Einsatz kommt, die klimafreundlicher als die bisherige ist (CO2-Einsparung <u>oder</u> bessere Energieeffizienz). Diese Investitionen führen in der Binnenfischerei nicht zu einer Überfischung. Entsprechendes ist durch Fanglizenzen geregelt. Ein Austausch von Bootsmotoren führt in der Binnenfischerei i.d.R. dazu, dass eine bessere, klimafreundlichere Technik zum Einsatz kommt. Außerdem kann die Arbeitssicherheit erheblich verbessert werden (Hintergrund: Bei einem plötzlichen Wetterumschwunges kann mit höherer Motorisierung die Gefahrenzone schneller verlassen werden). Diese Bestrebungen sollten unterstützt werden. Die Investition ist aber i.d.R. nur dann sinnvoll, wenn eine erhöhte Motorenleistung nicht grundsätzlich</p>
--	--	--	--	---

				<p>ausgeschlossen wird. In der Binnenfischerei sind viele alte und für heutige Zeiten schwach motorisierte Boote anzutreffen. Eine Einschränkung bzgl. der Leistung des neuen Bootsmotors ist in der Binnenfischerei nicht sinnvoll. Leistungsbeschränkungen werden zudem für alle Binnengewässer bereits über länderspezifische Rechtsvorschriften ausreichend geregelt.</p>
S.31	Art. 25	Maßnahmen, zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Eindämmung der Folgen des Klimawandels	<p>Vorschlag der Einfügung eines zusätzlichen Passus für Art. 25 Abs. 3:</p> <p>„Die Unterstützung für Tätigkeiten gemäß Absatz 2 wird nur Eignern von Fischereifahrzeugen mit einer Länge von höchstens 24 Metern und für ein und dasselbe Fischereifahrzeug für die gleiche Art von Investition im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2021 und dem 31. Dezember 2027 nur einmal gewährt.“</p>	<p>Wir schlagen vor, von diesen Maßnahmen die kraftstoffintensiven EU distant-water fleets (> 24 Meter gemäß STECF 20-06 - AER 2020.pdf (Version 1.1)), welche außerhalb der EU auf hoher See, sowie in der EEZ von Partnerländern im Kontext von SFPAs operieren, explizit auszuschließen, um Kapazitätsausbau, sowie einen Wettbewerbsvorteil gegenüber lokalen, handwerklichen Fischereien in den zum Großteil stark beanspruchten Fischereien entgegenzuwirken.</p> <p>Modernisierungen hinsichtlich Energieeffizienz bieten grundsätzlich Möglichkeiten zum Kapazitätsaufbau und einer künstlichen Aufrechterhaltung von Fischereien im Sektor. Hierin besteht ein Widerspruch zum Ziel der GFP, welche eine nachhaltige Nutzung, sowie einen fairen Zugang zu Fischereiressourcen anstrebt.</p>

				<p>Auch stehen solche Modernisierungsmaßnahmen im Widerspruch zum derzeitigen Entwurf der WTO Fischereisubventionsverhandlungen und könnten in diesem Zusammenhang eine starke EU-Position beeinträchtigen. (Chair der Fischereisubventionsgruppe, Santiago Wills, in seinem letzten Textvorschlag zu einem WTO Abkommen: “No Member shall grant or maintain subsidies to fishing or fishing related activities that contribute to overcapacity or overfishing. For the purpose of this paragraph, subsidies that contribute to overcapacity or overfishing include: subsidies to construction, acquisition, modernisation, renovation or upgrading of vessel”.)</p>
S. 33/34	Art. 28 Abs. 2 Buchst c	Binnenfischerei – Investitionen in Ausrüstungen und Arten von Vorhaben	<p>Im Entwurf wird unter Buchst. c auf den Artikel 22 verwiesen, welcher aber faktisch nicht für die Binnenfischerei anwendbar ist.</p> <p>Es sollte der Passus für die Binnenfischerei für „Ausrüstungen und Arten von Vorhaben“ im Artikel 28 unter den für die Binnenfischerei maßgeblichen Konditionen geregelt werden.</p> <p><u>Vorschlag Neuformulierung: Art. 28 Abs. 2 Buchst. c</u></p>	<p>Vorbermerkung: Art. 28 Absatz 5 des VO-Entwurfs trägt „nur“ zur Klarstellung bei, dass es sich um Fischereifahrzeuge handelt, welche ausschließlich im Binnengewässern eingesetzt werden. Es wird aber auf Fördertatbestände und Bedingungen verwiesen, welche für die Hochseefischerei, aber nicht für die Binnenfischerei Sinn machen.</p> <p>Art. 28 Abs. 2 Buchstabe c verweist auf Artikel 22.</p> <p>Demnach sind Investitionen unter den dort genannten</p>

			<p><i>Investitionen zur Begrenzung der Auswirkungen der Fischerei auf die aquatische Umwelt und zur Anpassung der Fischerei im Interesse des Artenschutzes. Im Besonderen sind Beihilfen möglich:</i></p> <p><i>i) Investitionen in Ausrüstungen zur Verbesserung der Größen- oder Artenselektivität von Fanggeräten.</i></p> <p><i>ii) bis iv)... Formulierung gemäß dem bisherigen Art. 22</i></p> <p><i>Sofern es sich um eine Investition im Zusammenhang mit einer Ausrüstung auf einem Fischereifahrzeug handelt, so kann die Beihilfe für ein und dieselbe Art von Ausrüstung auf dem gleichen Fahrzeug im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2021 und dem 31. Dezember 2027 nur einmal gewährt werden.</i></p>	<p>Bedingungen möglich. Investitionen in der Binnenfischerei werden dadurch ad absurdum geführt.</p> <p>Begründung: Es wird nur auf Ausrüstung Bezug genommen, welche sich auf einem Fischereifahrzeug befindet (Art. 22 Abs. 2). In der Binnenfischerei sind grundsätzlich alle Fangausrüstungen <u>mobil</u> und werden ggf. auch unabhängig vom Fischereifahrzeug eingesetzt (z.B. Netze, Reusen).</p>
S. 33/34	Art. 28 Abs. 2 zusätzlicher Buchstabe	Binnenfischerei – Investitionen in Ausrüstungen und Arten von Vorhaben	<p><u>Vorschlag für Art. 28 Abs. 2 zusätzlicher Buchst. g:</u></p> <p><i>g) Investitionen in Netze oder in dafür benötigtes Material</i></p>	<p>Der Sektor steht zunehmend vor der Herausforderung sich an sich ändernde Umweltbedingungen anpassen zu müssen. Das vermehrte Auftreten bestimmter Tierarten führt u.a. in der Binnenfischerei zu einer Netzbeanspruchung, die höher als noch vor wenigen Jahren ist; Tendenz steigend. So sind neben Komoran-, Biber- und Bisamverbissen – auch zunehmend invasive Arten für den Verschleiß von Fanggeräten verantwortlich</p>

	<p style="text-align: center;">↓</p> <p>Art. 28 Abs. 8</p>	<p style="text-align: center;">↓</p> <p>Beihilfeintensität</p>	<p style="text-align: center;">↓</p> <p>Umformulierung/Ergänzung: <i>Der Beihilfebetrug nach diesem Artikel, mit Ausnahme von Abs. 2 Buchstabe g, darf in Bruttosubventionsäquivalent einen Beihilfesatz von 50 % der beihilfefähigen Gesamtausgaben des Vorhabens nicht überschreiten. Für Investitionen nach Abs. 2 Buchstabe g beträgt der max. Beihilfehöchstsatz 40 % der beihilfefähigen Gesamtausgaben des Vorhabens.</i></p>	<p>(z.B. Quaggamuschel im Bodensee). Zwar kann gemäß Art. 46 eine Beihilfe zum Ausgleich von durch geschützten Tiere verursachte Schäden ermöglicht werden, jedoch deckt dies nur einen Bruchteil der möglichen Schädursachen ab und bezieht so z.B. Schäden nicht ein, die durch invasive Arten verursacht wurden.</p> <p>Unter Art. 28 soll daher für die Binnenfischerei ein Zuschuss für neue Netze ermöglicht werden. Die Investitionsmaßnahme ist bzgl. der Zielsetzung nicht identisch mit der Maßnahmeunter Art. 28 Abs. 2 Buchstabe c (daher nuer zusätzlicher Buchstabe g).</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>Es wäre durchaus vertretbar, für diese Investitionen (Netze) einen geringeren möglichen Beihilfehöchstsatz festzulegen.</p> <p>Daher: Unter der Annahme, dass es zu einer Ergänzung von Buchstabe g) kommt, wird eine alternative Ergänzung bei Art. 28 Abs. 8 als „Verhandlungsmasse“ (→ 40 %) vorgeschlagen.</p>
--	--	--	---	--

S. 33/34	Art. 28 Abs. 2 zusätzlicher Buchstabe		<p><u>Vorschlag für Art. 28 Abs. 2 zusätzlicher Buchst. h:</u></p> <p><i>h) Investitionen im Zusammenhang mit der Tätigkeit in der Binnenfischerei. Es wird eine Unterstützung für den Erwerb des ersten Fischereifahrzeuges mit einer maximalen Länge von 12 m und Ausrüstung gewährt, welche im direkten Zusammenhang mit der Neuaufnahme der Tätigkeit steht. Die Unterstützung wird gewährt, sofern die Vorgaben gemäß Art. 17 Abs. 2 VO (EU) 2021/1139 vorliegen.</i></p>	<p>Unterstützung von Jungfischern in der <u>Binnenfischerei</u>: Artikel 13 Buchstabe c i.V.m. Art. 17 der VO (EU) 2021/1139 sieht eine Unterstützung von Jungfischern bei dem Ersterwerb eines Fischereifahrzeuges vor. Die restriktiven Regelungen (EMFAF) im Bereich der Hochseefischerei sind in Anbetracht der Fischbestände nachvollziehbar. Eine Übertragung des Problems auf die Binnenfischerei ist aber nicht angezeigt. Art. 17 VO (EU) 2021/1139 (EMFAF) kann inhaltlich/praktisch nicht auf die Binnenfischerei übertragen werden. Es dürfte wohl kaum im Sinne des Gesetzgebers sein, dass für den Ersterwerb eines Fischfahrzeugs in der Hochseefischerei eine Unterstützung möglich ist, nicht aber in der Binnenfischerei. Nachwuchs in der Binnenfischerei wird zunehmend zu einem Problem. Eine gezielte Unterstützung von Jungfischern in der <u>Binnenfischerei</u> ist daher sinnvoll und notwendig (analog zur Landwirtschaftsförderung). Es sollte in diesem Zusammenhang eine Unterstützung für das erste Boot (neu oder gebraucht) und sonstige Ausrüstung gewährt werden. <i>Anmerkung am Rand: „Jungfischer“ sind nicht zwangsläufig Neueinsteiger. D.h.</i></p>
----------	---	--	---	---

				<i>unter Umständen ist keine Förderung möglich, auch wenn das 41. Lebensjahr noch nicht vollendet ist.</i>
S. 35	Art. 29 Abs. 1 Buchst. b	Neueinsteiger	<p>Ergänzung einer Definition des Begriffs der Neueinsteiger in Art. 2</p> <p>Verzicht auf die Prüfung eines Geschäftsplanes, soweit Beihilfen im Zusammenhang mit Maßnahmen der Tierseuchenbekämpfung nach Art. 39 sowie des Risikomanagements nach Art. 40 stehen</p> <p><u>Lösungsvorschlag:</u> Ergänzung eines Absatz 3, der für die Artikel 39 und 40 die Anwendung des Art. 29 Abs. 1 Buchstabe b sowie Absatz 2 ausschließt.</p>	<p>Gemäß Art. 29 Abs. 1 Buchstabe b kommen Beihilfen nach dem Abschnitt 2 für Neueinsteiger nur in Betracht, soweit diese einen Geschäftsplan vorlegen. Diese Voraussetzung erscheint nur sinnvoll, soweit es sich um Maßnahmen handelt, die mit dem Aufbau des Unternehmens verbunden sind. Handelt es sich dagegen um Beihilfen, die Teil der öffentlichen Programme zur Tierseuchenbekämpfung sind oder aber die Betriebe zum Abschluss von Versicherungen als Teil des Risikomanagements angehalten werden sollen, ist diese Beschränkung nicht zielführend. Im Sinne einer effektiven Tierseuchenprophylaxe und -bekämpfung ist es vielmehr unabdingbar, dass die notwendigen Maßnahmen von <u>allen</u> Unternehmen durchgeführt werden.</p>
S. 35	Art. 29 Abs. 2	Vermarktungs- chancen	<p>Verzicht auf die Anforderungen nach Abs. 2 im Zusammenhang mit Maßnahmen der Tierseuchenbekämpfung nach Art. 39 sowie des Risikomanagements nach Art. 40</p>	<p>Wie auch bei der Prüfung eines Geschäftsplanes nach Art. 29 Abs. 1 Buchstabe b erscheint diese Voraussetzung im Falle von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Tierseuchenbekämpfung bzw. bei Beihilfen zu Versicherungsprämien nicht zielführend.</p>

			<u>Lösungsvorschlag:</u> Ergänzung eines Absatz 3, der für die Artikel 39 und 40 die Anwendung des Art. 29 Abs. 1 Buchstabe b sowie Absatz 2 ausschließt	
S. 35	Art. 29 Abs. 2	Vermarktungs- chancen / Vermarktungs- bericht	<p><u>Variante 1:</u> Abschnitt 2 ersatzlos streichen</p> <p><u>Variante 2 (Rückfalloption):</u> Umformulierung: Einschränkung der Formulierung übernehmen + Streichung des Teilsatzes „ ... mithilfe eines unabhängigen Vermarktungsberichts“</p>	<p>Bei geförderten Investitionen spielt immer auch das Marktpotential eine Rolle. Dies findet im Rahmen der Antragsprüfung (Bewilligung) stets Berücksichtigung. Dieses explizit über einen unabhängigen Marktbericht einzufordern erscheint in den wenigsten Fällen sinnvoll.</p> <p>Wenn der Absatz nicht ersatzlos gestrichen werden kann, so sollte eine Umformulierung dahingehend stattfinden, <u>dass die antragstellende Person das Vorhandensein von Marktpotential nachweisen muss</u>, es sollte aber eine Formulierung vermieden werden, nach welcher IMMER ein unabhängiger Vermarktungsbericht vorgelegt werden muss.</p> <p>Begründung: Es gibt im Abschnitt 2 (Artikel 30 bis 40) auch Maßnahmen, die nicht zwangsläufig zu einer Produktivitätsteigerung führen, sowie kleinere Maßnahmen, bei denen die Kosten und der Aufwand bei der Erstellung eines unabhängigen Vermarktungsberichtes nicht im Verhältnis zu der Maßnahme steht.</p>

S. 38	Art. 33 i.V.m Art. 1 Abs. 2	Förderung Humankapital	Klarstellung zum Anwendungsbereich des Freistellungstatbestandes	<p>Nach Art. 33 Abs. 2 kommen große Aquakulturunternehmen nur unter besonderen Voraussetzungen für eine Beihilfe in Betracht. Unklar ist diese Regelung bezogen auf den in Art. 1 geregelten Anwendungsbereich. Nach Art. 1 Abs. 2 kommen große Unternehmen nur für Beihilfen im Zusammenhang mit der Beseitigung von Schäden durch Naturkatastrophen und widrige Witterungsverhältnisse gemäß den Art. 46 und 47 in Betracht.</p> <p>Vor diesem Hintergrund wäre zu prüfen, ob auch für weitere Freistellungsartikel eine Öffnung des Anwendungsbereiches in Art. 1 Abs. 2 angezeigt ist.</p>
S. 40	Art. 34 Abs. 1 Buchst. b iv	Steigerung Potenzial	Aktualisierung des Verweises auf die RL 2006/88/EG	In dieser Regelung wird auf Art. 10 der Richtlinie 2006/88/EG verwiesen, die mit der Verordnung (EU) 2016/429 abgelöst ist. Es bedarf daher einer Aktualisierung dieses Verweises.
S. 40	Art. 35 Abs. 2 Buchstabe a	Berufsqualifikation / Neueinsteiger	<p>Ergänzung unter Buchst. a)</p> <p><i>Im <u>Einzelfall</u> kann eine angemessene Berufsqualifikation durch den Nachweis einer langjährigen Berufserfahrung ersetzt werden, sofern nachweislich die Tätigkeit wirtschaftlich ausgeübt wurde oder wenn entsprechende qualifizierende Fortbildungslehrgängen absolviert wurden.</i></p>	<p>Es kann im Einzelfall eine langjährige Berufserfahrung im Aquakulturbereich vorhanden sein, auch wenn ursprünglich der Beruf Fischwirt nicht erlernt wurde. Eine antragstellende Person mit langjähriger Berufserfahrung (ggf. mit dem Nachweis, dass die Tätigkeit wirtschaftlich ausgeübt wurde) sollte nicht schlechter gestellt werden, wie jemand, der eine Berufsqualifikation hat.</p> <p><u>Bsp.</u> Es kann sein, dass die antragstellende Person als</p>

				<p>„Angestellte(r)“ langjährig gearbeitet hat und nun den Schritt in die Selbständigkeit machen möchte, aber nicht über den formalen Abschluss verfügt.</p> <p>Mit dem Formulierungs-/Ergänzungsvorschlag erfolgt keine grundsätzliche Öffnung. Es handelt sich um eine Einzelfallentscheidung, welche im Ermessen der zuständigen Bewilligungsbehörde liegt.</p>
S. 44	Art. 39	Tierseuchen	Aufnahme der Liste der Zoonosen Anhang II der VO (EU) 2021/690 in Art. 39 Abs. 1 Buchstabe b i)	Es wird empfohlen, bezogen auf die Listung der Tierseuchen eine einheitliche Formulierung im Verhältnis zu den Leitlinien zu wählen. In den Leitlinien sind gemäß Rn. 177 auch die Zoonosen von Wassertieren gemäß Anhang III Nummer 2 der Verordnung (EU) 2021/690 als einschlägige Listung benannt.
S. 48	Art. 43	Datenverwaltung		Es wird davon ausgegangen, dass in den dargestellten Fällen des Art. 43 Abs. 2 auch beihilfefreie Umsetzungsoptionen in Betracht kommen.
S. 47	Art. 41 Abs. 1 Buchst. b, iii) Tiert drei	Beihilfe Vermarktungs- maßnahme – Direkt- vermarktung	Die Förderung der direkten Vermarktung von Fischereuerzeugnissen sollte sowohl für (1) alle Fischer – <i>nicht nur für kleine Küstenfischer und Fischer ohne Boote</i> - ermöglicht werden; (2) analog eine Unterstützung für die Direktvermarktung von Aquakulturerzeugnissen	<p>Durch Direktvermarktung kann grundsätzlich eine höhere Wertschöpfung erzielt werden, was u.a. auch im Einklang mit der Farm to Fork –Strategie steht. Es ist daher nicht nachvollziehbar, warum eine geförderte „direkte Vermarktung“ nicht für alle grundsätzlich ermöglicht werden soll.</p> <p>Die Einschränkung auf „kleine Küstenfischer“ und „ohne Boote tätige Fischer“ ist nicht nachvollziehbar, da eine</p>

			<p>Änderungsvorschlag für das dritte Tiet:</p> <p>- der direkten Vermarktung von Fischereierzeugnissen und Aquakulturerzeugnissen;</p>	<p>Direktvermarktung des Fisches (oder Teile davon oder des Fanges) sich ggf. auch für kleine Fischer mit Boot vor allem im Bereich der Binnenfischerei anbieten kann. Entsprechendes gilt für Aquakulturproduzenten; die Förderung einer Direktvermarktung von Aquakulturerzeugnissen ist im derzeitigen Entwurf nicht vorgesehen.</p> <p>→ daher: Vorschlag einer Formulierungsänderung.</p>
	Neuer Artikel	Endgültige Einstellung der Fischerei	Aufnahme eines Artikels zur Förderung der endgültigen Einstellung der Fischerei	<p>Die Förderung der endgültigen Einstellung der Fischerei ist in der Gruppenfreistellungsverordnung nicht vorgesehen. Die endgültige Einstellung der Fischerei kann bislang allein im Rahmen des EMFF bzw. EMFAF nach den dortigen Konditionen erfolgen. Eine naturschutzfachlich oder energiepolitisch begründete endgültige Einstellung der Fischerei ist im EMFF bzw. im zukünftigen EMFAF nicht vorgesehen. Wenn es zur Umsetzung der Energiewende (z.B. durch den beschlossenen Ausbau von Offshore-Windkraft), der EU-Biodiversitätsstrategie und anderer naturschutzfachlicher oder –rechtlicher Anforderungen insbesondere in Meeresschutzgebieten notwendig ist, den Fischereiaufwand zu senken, wäre der Rückgriff auf eine entsprechende Fördermöglichkeit in der Gruppenfreistellungsverordnung eine gute Möglichkeit,</p>

				die Senkung des Fischereiaufwandes sozialverträglich umzusetzen.
--	--	--	--	--

2. Leitlinien für die Prüfung staatlicher Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor

Refe- rat	Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
613	34/35	187 (neu)	Beihilfekategorien	Ergänzung: „Nr. 1.4: Beihilfen für andere Maßnahmen“ Siehe bisherige Leitlinien Rn 115/116	Es sollte, wie bisher, die Möglichkeit einer Einzelfallbewertung vorgesehen werden, falls eine geplante Beihilfe nicht (ganz) in die definierten Kategorien fallen.
613		Rn. 89	VKO	Anwendbarkeit der VKO der Verordnung (EU) 2021/1060 auch auf rein national finanzierte Maßnahmen	Gemäß Rn. 89 können für kofinanzierte Maßnahmen die VKO der Dachverordnung Anwendung finden. Die dortigen Regelungen gestatten insbesondere mit den vorgesehenen Pauschalsätzen einen angemessenen Ausgleich zwischen dem Aufwand bei der Bestimmung der Höhe von VKO im Verhältnis zur Verfahrensvereinfachung, sowohl für den Begünstigten als auch für die bewilligende Stelle. Die dortigen Regelungen haben sich für den Bereich der EU-Fonds in der Förderperiode 2014 bis 2020 bewährt und werden nunmehr auch in der anschließenden Förderperiode fortgesetzt. Vor diesem Hintergrund erscheint es angemessen, alle in der Dachverordnung vorgesehen VKO auch im Bereich rein national finanzierter Beihilfen zuzulassen. Hierbei

					<p>wird zugleich der Tatsache Rechnung getragen, dass die Finanzierungsquelle allein – ohne dass im Übrigen für die Bewertung relevante inhaltliche Abweichungen bestehen – keine unterschiedliche wettbewerbsrechtliche Bewertung rechtfertigen.</p>
613		Rn. 102 c	Transparenz	<p>Beibehalten der bisherigen Eintrittsschwelle für die Veröffentlichung von Einzelbeihilfen</p>	<p>Nach dem vorliegenden Entwurf soll der Schwellenwert zur Veröffentlichung von Einzelbeihilfen von 30.000 EUR auf 10.000 EUR abgesenkt werden.</p> <p>Dieser Vorschlag steht im klaren Widerspruch zu der angestrebten Vereinfachung der Verfahren sowie dem bisherigen Fokus des Beihilferechtes auf die besonders wettbewerbsrelevanten Projekte, wie sie mit SAM verfolgt wurden.</p> <p>Der nun vorgesehene Schwellenwert steht zugleich im Widerspruch zu den De-minimis-Verfahren, die Einzelbeihilfen bis zu 30.000 EUR ermöglichen, ohne dass eine Transparenzpflicht besteht. Für den Fischereisektor sollte es daher bei dem bisherigen Schwellenwert verbleiben.</p> <p>Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die praktischen Erfahrungen mit dem Anwenderportal TAM zeigen, dass es dem mit einer Absenkung verbundenen zusätzlichen Aufkommen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht gewachsen sein wird. Bereits jetzt sind zu den</p>

					<p>üblichen Arbeitszeiten Überlastungen festzustellen, die ein zielgerichtetes Eintragen verhindern. Darüberhinaus ist der bereitgestellte Bulkupload nicht praktikabel.</p> <p>In jedem Fall sollten mit Blick auf Steuervergünstigungen ein Gleichklang zwischen Rnr. 102 Buchstabe c und den „Spannen“ in Rnr. 103 sichergestellt werden.</p>
613	38	Rn. 178	neu auftretende Seuchen	Streichung der besonderen Voraussetzungen für neu auftretende Seuchen	<p>Zunächst wird die Öffnung der Leitlinien zu Beihilfen bei neu auftretenden Beihilfen ausdrücklich begrüßt.</p> <p>Mit der Rn. 178 wird für die Beihilfengewährung aber zusätzlich auf einen Mindestsschaden sowie das Bestehen einer Versicherung abgestellt.</p> <p>1) Nachdem sich Rn. 178 auf eine neu auftretende Seuche bezieht, sollte zunächst einer Verknüpfung zum Bestehen einer Versicherungspflicht für Schäden zu den am häufigsten in der Region auftretenden Tierseuchen entgegengetreten werden. Zwischen der geforderten Versicherung und den zu gewährenden Beihilfen besteht insoweit kein inhaltlicher Zusammenhang, der diese Einschränkung rechtfertigen würde.</p> <p>2) Aber auch die Verknüpfung der Beihilfengewährung an einen bestimmten Schadensbetrag erscheint nicht sachgerecht. Zum einen scheitert dieses Kriterium, soweit noch keine Schäden aufgetreten sind und ein</p>

					<p>Schadenseintritt durch die Maßnahmen gerade verhindert werden soll. Zum anderen wird durch diese Regelung nicht berücksichtigt, dass sich die Beihilfen nicht allein auf Beihilfen zur Beseitigung von Schäden beschränken, sondern mit Rn. 81 auch Maßnahmen der Prävention, Bekämpfung und Tilgung umfassen. Für diese Maßnahmen ist ein Abwarten, bis eine bestimmte Schadensschwelle erreicht wird, ungeeignet.</p> <p>Durch die zusätzlichen Anforderungen des Rn. 178 wird im Ergebnis eine zügige und effektive Unterstützung von Tierhaltern in Frage gestellt (hoher Aufwand an Nachweispflichten für den Antragsteller, hoher fachlicher, personeller und zeitlicher Aufwand für die Kontroll-/Entscheidungsbehörde), obwohl bereits die Bedingungen des Art. 6 Abs. 2 der VO (EU) 2016/429 erfüllt sein müssen. So kommt eine Beihilfegewährung aufgrund dieses Kriteriums nur in Betracht, wenn die neue Tierseuche für eine Listung geeignet ist. Daher erscheint es im Ergebnis gerechtfertigt, für neu auftretenden Tierseuchen in gleicher Weise Beihilfen zu gewähren, wie für gelistete Tierseuchen, ohne zusätzliche Anforderungen aufzustellen. Dies gilt umso mehr, als bei neu – zunächst nur örtlich begrenzt –</p>
--	--	--	--	--	---

					auf tretenden Tierseuchen ein erhöhtes Interesse besteht, eine Ausbreitung schnellstmöglich zu verhindern.
613		Rn. 182	Bezuschusste Dienstleistungen	Öffnungsklausel zur Gewährung von Beihilfen als Erstattung tatsächlich angefallener Kosten alternativ zur Gewährung als bezuschusste Dienstleistung	<p>Mit der Rn. 182 wird für Präventionsmaßnahmen nach Rn. 181 Buchstabe a die Gewährung der Beihilfe als bezuschusste Dienstleistung vorgesehen. In der Vielzahl der Fälle ist eine solche Regelung auch sachgemäß und entspricht zugleich den korrespondierenden Vorgaben des Agrarbeihilfenrechts.</p> <p>Aus hiesiger Sicht ist jedoch eine Öffnungsklausel erforderlich, soweit durch den Mitgliedstaat eine entsprechende Begründung vorgelegt wird, aus welchen Gründen eine Erstattung der tatsächlich angefallenen Kosten gerechtfertigt ist.</p> <p>Nachdem mit Rn. 169 ff Beihilfen im Bereich der Tierseuchenbekämpfung angesprochen sind, möchten wir darauf hinweisen, dass die als Anbieter agierenden Tierärzte und Labore bei einem akuten Seuchengeschehen bereits fachlich gefordert sind. Die Beihilfverfahren sind daher so auszugestalten, dass sie die Leistungsanbieter nicht über Gebühr beanspruchen und das vorhandene Personal nicht in erheblichem Maße für die Abwicklung des Beihilfverfahrens binden. Eine solche unverhältnismäßige Beanspruchung ergibt sich</p>

					<p>aber, soweit die Leistungsbeziehung in verschiedene Verfahren aufgespalten wird. Diese Wirkung tritt z. B. ein, soweit die Kosten zur Gewährleistung eines Eigenanteils des Begünstigten nicht in voller Höhe durch die gewährte Beihilfe abgedeckt werden oder verschiedene Leistungserbringer (Tierarzt, Labor etc.) eingeschaltet werden müssen.</p>
--	--	--	--	--	--

3. De-minimis-Verordnung für die Fischerei

Refe- rat	Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
613			De-minimis- Verfahren	Klarstellende Ergänzung des Artikels 6 der Verordnung, dass die Mitteilungen und Erklärungen im Zusammenhang mit dem De-minimis-Verfahren auch in elektronischer Form erfolgen können	In der aktuellen Fassung des Art. 6 Abs. 1 der VO (EU) Nr. 717/2014 ist nur für die De-minimis-Erklärung als Ersatz für die Schriftform die elektronische Form vorgesehen. Bei einer engen Wortlautauslegung wäre folglich die De-minimis-Mitteilung nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 per „Papierschriften“ zulässig. Gründe für eine derartige

					<p>Einschränkung sind insoweit nicht ersichtlich. Vielmehr würde eine solche Vorgabe im Widerspruch zu dem Ziel stehen, Verwaltungsverfahren für die Antragsteller zu vereinfachen, indem Onlineverfahren zum Einsatz kommen. Ein Festhalten an einer reinen Schriftform würde zudem in Widerspruch zu der Digitalisierungsstrategie der EU stehen. Die EU kann nicht auf der einen Seite das „kommende Jahrzehnt zur Digitalen Dekade Europas“ ausrufen und auf der anderen Seite Möglichkeiten der digitalen Gestaltung von Verwaltungsverfahren über die beihilferechtlichen Vorgaben verhindern.</p> <p>Der aktuelle Zeitpunkt der Überarbeitung der beihilferechtlichen Vorschriften für die kommende Förderperiode bietet insoweit die Möglichkeit die beihilferechtlichen Vorgaben auf ihre Übereinstimmung mit der Digitalstrategie zu überprüfen und notwendige Anpassungen zu veranlassen.</p>
--	--	--	--	--	--